

# Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Millimeterzeile für Arbeitsgesuche 20 Goldpfennig, für Arbeitsangebote 40 Goldpfennig

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelfor 17. Fernruf 3366 und 3367. Schluss der Redaktion: Freitag morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 27

Duisburg, den 4. Juli 1925

26. Jahrgang

## Verfall oder Aufstieg?

Im „Magazin der Wirtschaft“ schreibt der Herausgeber Schwarzshild erste Wort über den Lauf der deutschen Wirtschaft. Schwarzshild ist einer der wenigen, die schon 1923 und besonders 1924 den Zurückgang des Stinneskongerns voraussehen, der dann auch mit dem Krach von 25 wirklich eingetreten ist. Als Vergleichsmaterial zu diesem Artikel mögen unsere Kollegen in dieser Nr. besonders lesen die Artikel „Wirtschaftliche Lage“ und „Arbeitsleistung, Arbeitszeit und Lohn“ unseres Kollegen Burgard. Die deutsche Wirtschaft leidet an ganz anderen Sachen als an „zu hohen“ Löhnen oder „zu kurzer“ Arbeitszeit. Wir geben aus den Darlegungen Schwarzshild die markantesten Punkte wieder.

Und wenn wir uns heute so erschreckenden Zuständen gegenübersehen wie diesen: daß unsere Waren beharrlich teuer bleiben als die des konkurrierenden Auslandes, obgleich unsere Löhne niedriger sind; oder daß unsere Produktionsmengen nach wie vor geringer sind als im Frieden, obwohl unser Produktionsapparat auffällig vergrößert worden ist; oder daß der Unkostenballast, der auf den einzelnen Branchen liegt, jedes altüberkommene Maß übersteigt, obwohl der Umsatz in fast jeder Branche zurückgegangen ist; oder daß die Konsumtionskraft des inneren Marktes ersichtlich jeder Stärkung widerstrebt, obwohl eine gewisse Sparsamkeit sich doch vollzieht und überdies große Quantitäten ausländischen Geldes eingeflossen sind; oder daß den Fabrikanten oder Großhändlern ihre Wechselforderungen bei Verfall nicht honoriert werden können, obwohl der letzte Konsument den Einzelhändler doch in bar bezahlt; oder daß der Export um ein Gewaltiges hinter dem Friedensexport zurückbleibt, obwohl doch sogar ein gesteigertes Export notwendig wäre; oder daß ein sehr erheblicher Teil aller Aktienunternehmungen keine Dividende ausschüttet, obwohl das Kapital doch soeben erst, gerade mit Rücksicht auf die Dividenden, zusammengebrochen worden ist; oder daß eine Großfirma nach der anderen in Schwierigkeiten gerät, obwohl fast jede von ihnen anscheinend reicher ist als je zuvor — wenn wir uns solche erschreckenden Zustände gegenübersehen, die in irgendwelcher Form zu unseren täglichen Beobachtungen und Unterhaltungen gehören, so sind wir geneigt, an vorübergehende Erscheinungen zu glauben, die sich irgendwie mit der Zeit schon wieder einrenken werden, oder auch sie mit Teilgründen zu erklären, von denen angenommen wird, daß nur ein Wille dazu gehöre, sie abzuändern: mit übersteigerten Steuern, zu drückenden Soziallasten, zu kurzer Arbeitszeit, zu hohen Zinsen. Aber während es durchaus berechtigt sein mag, der Natur unter normalen Verhältnissen eine gewisse automatische Heilkraft zuzutrauen, und während jede der üblichen Einzelerklärungen im einzelnen Falle ihre begrenzte Berechtigung haben mag, ist es doch unmöglich, sich nur mit vertrauensseligem Optimismus oder mit rasch greifbaren Detailargumenten der niederdrückenden Tatsache gegenüber zu helfen, daß wir auf der einen Seite zwar einen riesigen Produktionsapparat besitzen, und auf der anderen Seite eine riesige, ziemlich voll beschäftigte Menschenmasse zu seinem Betrieb; daß aber aus dem Zusammenwirken dieser beiden grundlegenden Faktoren dennoch nicht das Resultat entsteht, das sich auf Grund des Gesetzes von Angebot und Nachfrage doch eigentlich von selbst ergeben sollte: weder eine Ware, die sich den Verkaufsmöglichkeiten anpaßt, noch eine Kaufkraft, die den Produktionsmöglichkeiten entspricht. Ein solcher Zustand, in dem Verkaufs- und Kaufkapazität, Produktions- und Konsumtionskraft scheinbar aufgehört haben, die zusammengehörigen Teile einer und derselben Sache zu sein, widerspricht jeder Theorie und jeder Erfahrung dermaßen, daß es undenkbar ist, er könne nur durch Störungen von der legislativen oder finanziellen Seite her verursacht sein; denn über Störungen dieser Art findet die wechselseitige Anziehung, die zwischen Produktion und Konsumtion herrscht, sehr rasch den Weg zu einem neuen Zusammentreffen, und zwar auf einer neuen Preisenebene. Bei uns aber scheint die Antinomie „teure Ware bei billiger Arbeit“, „kleine Erzeugung bei großer Erzeugungskraft“ bereits unerschütterlich festzustellen, und es zeigen sich in der Tat seit länger als einem Jahr kaum irgendwelche Ansätze zu einem Ausgleich, der der vermeintlichen industriellen Potenz Deutschlands angemessen wäre. Da müssen tieferliegende Ursachen abzuwehren als übermäßige Steuern (die ja schließlich auch nach ihrer Erhebung noch Kaufkraft bleiben) oder zu hohe Zinsen (von denen gleiches zu sagen ist) oder zu kurze Arbeitszeit (die in den Konkurrenzländern nicht übertroffen wird) oder sogar zu Kapitalknappheit (die ebensowohl Folge als Ursache des geschilderten Zustandes ist). Und es ist notwendig, diesen Störungen auf den Grund zugehen, wenngleich das Ergebnis vielleicht nicht so beschaffen sein wird, daß es dem Ruf unseres Landes in der Welt dienlich sein könnte!

Um es kurz zu sagen: wir glauben, es wird noch immer nicht genügend verstanden, daß die Vorstellung von der riesigen industriellen Produktionskraft Deutschlands, die Vorstellung von der gewaltigen Kapazität seines Apparates in weitem Umfang als überholt gelten muß! Die Theorie, daß die Konsumtionskraft eines Landes nur ein anderer Ausdruck für seine Produktionskraft ist, trifft auch in unserem Falle genau zu. Und wenn die Produktionskraft in Deutschland zurzeit gering ist, so nicht etwa, weil irgendein Umstand ihr verwehrt, sich bis zur Höhe der vermeintlichen Produktionskraft zu erheben, sondern deshalb, weil die Produktionskraft tatsächlich gar nicht größer ist als dem ungefähren Gegenwartsabfall entspricht . . .

Aber mag diese Berechnung auch unrichtig sein — die Tatsache, daß mit dem Kern unseres ganzen Wirtschaftslebens, mit der Produktionskapazität, etwas nicht in Ordnung ist, erhellt aus der offensichtlich unheilbaren Diskrepanz zwischen Umfang der Produktionsanlagen einerseits und Umfang und Preis der Produktionsergebnisse andererseits zur Evidenz. Und es kann auch nicht genügen, als Erklärung für diese Diskrepanz immer nur auf den Kapitalmangel hinzuweisen; denn wenn der Kapitalmangel wirklich ausschlaggebend wäre, so müßte dort, wo Kapital tatsächlich zur Verfügung stand (und eine ganze Reihe von Unternehmungen hat ja beträchtliche Kredite empfangen) die Leistungs- und Konkurrenzkraft voll geweckt worden sein; diese Unternehmungen wenigstens hätten in der Lage sein müssen, zu Weltmarktpreisen, mit Weltmarktrationalität und mit Weltmarktrentabilität zu arbeiten. Daß davon, außer vielleicht in einigen Spezialfällen, auch nicht entfernt die Rede sein kann, ist zur Genüge bekannt. Und es muß als Beweis dafür gelten, daß nicht einem an sich gleichwertigen Maschinen- und Methodenapparat nur der nötige Betriebsstoff des Kapitals fehlt, sondern daß der Betriebsstoff des Kapitals selber dort, wo er vorhanden ist, in einem ungleichwertigen Maschinen- und Methodenapparat arbeitet.

Die Erkenntnis dieses lebensgefährlichen Zustandes, die jetzt mit allen Mitteln gefördert werden muß, schließt zugleich natürlich noch eine weitere niederdrückende Erkenntnis in sich: nämlich die Einsicht, daß die Wiedergutmachung des Versäumten, selbst wenn sie sofort in Angriff genommen wird, dennoch nichts anderes bedeutet, als das wir noch auf Jahre hinaus unter dem Druck dieses Versäumten werden zu leiden haben. Denn es ist selbstverständlich, daß nicht in einem Jahre aufgeholt werden kann, was zehn Jahre lang versäumt worden ist. Und es ist ebenso selbstverständlich, daß alles, was in dieser Hinsicht geschehen kann, fürs erste nicht der sofortigen Rentabilität dienen wird, sondern zunächst einmal nur den Vorbedingungen einer späteren Rentabilität. Volkswirtschaftlich betrachtet stellt der Prozeß des Nachholens versäumter Rationalisierung einen Akt zunächst unentlohener Arbeit dar, neben dem obenhin die entlohnte Arbeit zu Zwecken der Existenzhaltung weiter erfolgen muß. Aber wenn diese Vorstellung auch quälend sein mag, noch quälender wird sicher das Ergebnis sein, das sich notwendig schließlich einstellen muß, wenn wir noch weiterhin versuchen, uns über die eigentlichen Ursachen unserer Not hinwegzutäuschen und alle möglichen Dinge dafür verantwortlich zu machen, die doch nur sekundär in Frage kommen. Denn unter dieser Täuschung wird nicht nur Wichtiges unterlassen, sondern neue, grobe Fehler treten hinzu. Der bequeme Irrtum, alles auf die Kapitalknappheit zu schieben, hat z. B. dazu geführt, daß diejenigen Kapitalien, die wirklich aufgebracht werden konnten, tatsächlich fast nirgendwo zu einer wirklichen Rationalisierung Verwendung fanden. Man hat somit auch die Nachinflationzeit bisher vergeudet — die Zeit und das Geld, das man sich zu beschaffen mußte — statt neue, produktivere Quellen zu erschließen. Der Fall Stinnes ist ein klares Beispiel dafür. Aber in dieser Weise kann nicht fortgewirtschaftet werden; wenn wir uns der Gefahr entziehen wollen, die drohend über uns schwebt: der Gefahr, daß der Vorprung des Auslandes überhaupt nicht wieder eingeholt werden kann, der Gefahr, daß die deutsche Wirtschaft auf die Dauer auf den Stand einer Fabrik zweiten Ranges oder noch tiefer herabsinkt.

Wenn erst erkannt und allgemein verstanden sein wird, daß die Krise, die jetzt unsern Existenzboden unterwühlt, in Wahrheit nur von oberflächlicher Betrachtung als Kapital-, Steuer-, Arbeitszeit- oder Zinskrise aufgefaßt werden kann, daß sie vielmehr letzten Grundes eine Krise der industriellen Wettbewerbsfähigkeit, eine Krise der industriellen Rückständigkeit ist, so wird man auch aufhören, an Symptomen herumzudoktern und sich damit zu beschäftigen, Löcher zu stopfen, die doch hier oder dort, wieder aufsteigen müssen. Das Problem der Rationalisierung ist viel wichtiger als jedes andere, und nur im Zusammenhang mit ihm wird auch das Kapitalproblem vital. Aber die überragende Stellung, die jenem zukommt, zeigt uns gleich die Art, in der dieses zu behandeln ist. Es ist eine Frage zweiten Ranges, in welcher Branche begonnen wird: jede Intensivierung in der einen ist zugleich eine Entlastung für die andere. Aber es ist überaus wichtig, daß diejenigen Kapitalien, die überhaupt verfügbar sind, mit unbedingter Bevorzugung jenen Unternehmungen zufließen, die tatsächlich einen Anfang mit

der Umformung machen. Hier ist eine Aufgabe gestellt, deren Lösung nicht nur darüber Ausschlag geben wird, ob die finanziellen Führer Deutschlands noch berechtigten Anspruch darauf erheben können, als wirtschaftliche Pioniere der Nation zu gelten, sondern von der es auch abhängen wird, ob das, was wir jetzt noch eine Krise, also eine Epizyde, nennen zu dürfen glauben, sich nicht schließlich als Beginn einer Absterbepériode entpuppen wird.

## Bittere Wahrheiten

Auf der Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie zu Köln hielt Reichsbankpräsident Schacht am 25. Juni einen bemerkenswerten Vortrag über Währungs- und Produktionspolitik, in welcher er der deutschen Wirtschaft und ihren Führern nicht angenehme Bemerkungen machte. Wir wollen aus der Rede den Teil über die Unproduktivität der deutschen Wirtschaft folgen lassen:

„Zurzeit sehen die Dinge in der Wirtschaft allerdings nicht so aus, als ob eine wesentliche Besserung eintreten würde; es haftet uns immer noch zu viel Inflation an. Insbesondere ist der ganze Verteilungsapparat unserer Wirtschaft noch immer in der ungeheuerlichsten Weise aufgebläht. Den Mangel an Kapitalkraft sucht man ferner vielfach durch Umgestaltung und Erweiterung der äußeren Unternehmungsform zu erheben, ohne sich des alten Sprichwortes bewußt zu bleiben „getretener Markt wird breit, nicht hart“. In Berlin zum Beispiel ist die Zahl der ins Handelsregister eingetragenen Firmen von 31 600 Ende 1913 auf über 61 000 im Jahre 1924 gestiegen. Die Vermehrung der Zahl der Aktiengesellschaften wurde auf reichlich das Vierfache der Vorkriegszahl geschätzt. Das Abrechen der Direktoren und Aufsichtsräte läßt eine Erhöhung derartiger Stellen um 60 bis 70 v. H. über den Friedensstand schließen. Die Zahl der Banken und Bankfirmen in Deutschland geht immer noch weit über das Doppelte der Friedensziffer hinaus. Die Zahl der Börsenbesucher ist noch immer übermäßig groß. Das sind alles Momente, die auf eine geradezu erschreckende Unproduktivität unseres Wirtschaftsapparates deuten. Ein großer Teil der überzähligen Unternehmungen wirkt sich letzten Endes in Form des Kettenhandels und damit der unnötigen Preissteigerung aus. Ist es schon sehr bedauerlich, daß infolge des Krieges eine starke Preissteigerung fast aller Rohstoffe stattgefunden hat, so bleibt dieser Preisunterchied noch weit zurück hinter der Differenz, die die Kleinhandelspreise gegenüber den Erzeugerpreisen ausweisen. Diese Differenz ist heute schon bei den notwendigen Lebensmitteln oft doppelt und dreifach so hoch wie im Frieden. Bei den übrigen Gegenständen des täglichen Bedarfs, Textilien zum Beispiel, ist die Differenz zwischen Kleinverkaufspreis und Erzeugerpreis noch viel erheblicher.“

„Ich befinde mich ja auch sonst oft in der nicht angenehmen Lage, unpopuläre Dinge auszusprechen zu müssen, und so wage ich auch hier das Wort eines lebhaften Bedauers darüber, daß die Schwierigkeit der Geldverhältnisse nicht schon in viel höherem Grade zu einer Einschränkung dieses völlig überlegten Wirtschaftsapparates geführt hat. Die Zahlen der Konkurrenzfähigkeit sind niedriger als sie im Frieden waren, dabei ist freilich zu berücksichtigen, daß die Statistik diejenigen Konkurrenz nicht erfaßt, die mangels Masse gar nicht erst eröffnet werden. Diese Zahl dürfte allerdings heute erheblich höher sein als im Frieden.“

Eine schwere Belastung des Produktionsapparates stellen auch die Arbeitslosen dar, die die Wirtschaft noch immer durchschleppen muß. In England weist man oft darauf hin, daß unsere Arbeitslosen ziffer nur einige Hunderttausend beträgt. Tatsächlich ist die Belastung der deutschen Wirtschaft durch Beschäftigungslosigkeit unendlich viel größer, weil die ganzen Kosten des Beamtenabbaus und der Pensionen ebenfalls der Wirtschaft zur Last fallen. Genauere Ziffern in dieser Richtung sind nur für Teilausschnitte der Wirtschaft bekannt. Bei der Reichsbahn zum Beispiel kamen 1913 auf 100 Mark Bezahlung 17 Mark Ruhegehalt, im Jahre 1924 aber 37 Reichsmark; auf 339 000 aktive Beamte der Reichsbahn im Jahre 1923 entfielen insgesamt 290 000 Beamte im Ruhestand, einschließlich Witwen und Waisen, das heißt auf 3 diensttuende Beamte kamen 2 versorgungsberechtigte, aber nicht beschäftigte Personen.“

## Die Ehrung Stegerwalds

Am 13. Juni trat aus Anlaß der rheinischen Jahrtausendfeier die bedeutendste Universität des Westens zu einem großen Festtag zusammen. Sie verlieh bei dieser Gelegenheit einer Reihe führender deutscher Männer den Ehrentitel der Doktorwürde. Unter den Geehrten befindet sich auch der Führer unserer Gesamtbewegung, unser Kollege Adam Stegerwald.

Diese Ehrung, so sagt „Der Deutsche“, war nicht äußere Form. Gegeben und genommen hatte sie einen tiefen, inneren Sinn. Und die wenigen Freunde aus der Gewerkschaftsbewegung, die mit Stegerwald gekommen waren, Zeuge dieser Stunde zu sein, erlebten ein weiteres noch:

Die Ehrung Stegerwalds traf das ganze arbeitende Volk mit seinen weiten Möglichkeiten des geistigen Aufstiegs. Sie füllten, wie sich in gegenseitiger Anerkennung zwischen den Intellektuellen und der strebenden Arbeiterschaft ein Band der Zusammengehörigkeit wab. Ein großes, ein Wertvolles für beide. Die Unvergleichlichkeit, die Stärke der Wissenschaft, erkennt die Aufstiegskraft der Arbeiterschaft an. In der Annahme dieser Anerkennung liegt die Achtung und Wertschätzung der Arbeiterschaft eingeschlossen, die diese der geistigen Arbeit zollt.

Die Stunde in Bonn, die dieses Geschehen sah, ist bedeutungsvoll für künftiges Werden in Deutschland.

Wir begrüßwünschen unsern Freund Stegerwald zu dieser Ehre, in der wir nicht nur eine persönliche Ehrung, sondern auch eine Anerkennung des Strebens der Arbeiterschaft nach geistigem Aufstieg sehen.



Zu den noch nicht beseitigten Inflationserscheinungen zählt auch die Wertschätzung des Pfennigs. Kein Mensch rechnet heute mit Pfennigen. Hebertall wird abgemeldet, und zwar selbstverständlich nach oben. Die Ausprägung von 1- und 2-Pfenniglössen wies zu Beginn des Monats einen Stand von 7,8 Millionen Reichsmark auf, davon waren nicht weniger als 4,4 Millionen Reichsmark in den Kassen der Reichsbank, während im letzten Friedensjahr bei einer Gesamtausprägung von rund 24 Millionen Reichsmark Kupfermünzen die Reichsbank einen durchschnittlichen Kassenbestand von noch nicht drei Viertel Million Mark solcher Stücke führte.

In der nach oben gerichteten Preispolitik nehmen bedauerlicherweise die Kartelle größtenteils keine volkswirtschaftlich befriedigende Stellung ein. Ihre Zahl und insbesondere die Zahl der Preisstellen ist gegenüber dem Frieden außerordentlich gewachsen. Wenn der deutschen Wirtschaft nur durch gesteigerte Produktionsleistung aufzuhelfen ist, so wird man der Kartellpolitik in einem sehr weiten Umfang skeptisch gegenüber stehen. Die Preisstellen tragen zu einem wesentlichen Teil dazu bei, daß die von mir beklagte Ueberhebung unseres Verteilungsapparates nicht rascher beseitigt wird. Mehr denn je muß die deutsche Produktionspolitik darauf gerichtet sein, die Preise zu senken und dadurch den größten Absatz zu gewinnen. Die Herabdrückung der Produktionskosten und damit der Preise ist das einzig wirklich wirksame Mittel für die Aufrechterhaltung unserer Konkurrenzfähigkeit.

### Etwas über Fließarbeit

Von Ingenieur J. F. F. F. F., Essen.

Es ist bei dem Ausdruck „Fließarbeit“ nicht ohne weiteres zu erkennen, was damit gemeint ist. Man denkt dabei zu leicht an die Arbeit an einem Gegenstand, bei der ein Fließen stattfindet, z. B. wie „Treiarbeit“, wo ein Stück durch Treiben in seine endgültige Form gebracht wird; ebenso ist in der technischen Mechanik die Rede von einer „Fließgrenze“ bei den Baustoffen, der eine bestimmte „Fließarbeit“ entspricht. Diese Auffassung würde aber falsch sein, denn „Fließarbeit“ soll bedeuten: Arbeit an dem Werkstück, das von einem Arbeitsplatz zum andern in einem bestimmten Rhythmus wandert oder „fließt“. Man hat daher auch die Bezeichnung „Fließende Fertigung“ vorgeschlagen, die meines Erachtens treffender ist. Auch spricht man von der „Arbeit an der Kette“ — das etwas hart klingt — und von „Bandarbeit“, weil meist ein endloses Band die Arbeitsstücke befördert. Der Ausschub für wirtschaftliche Fertigung (WVF) beim RAB hat sich nach den Mitteilungen vom 7. Mai 1925 in seinem Unterausschuß für Fließarbeit gegen eine anderslautende Bezeichnung (auch solche wie „Gleitmontage“, „Koppelarbeit“ und „Wandertischarbeit“) und für die Beibehaltung der Benennung „Fließarbeit“ ausgesprochen. Nach der Begriffsbestimmung dieses Unterausschusses ist „Fließarbeit eine örtlich fortwährende, zeitlich bestimmte, lückenlose Folge von Arbeitsgängen“.

Bei einer rationalen Betriebswirtschaft ist neben der Verbesserung der Herstellungsverfahren, der bestmöglichen Ausbildung und Ausnutzung von Werkzeugen und Arbeitsmaschinen sowie der Betriebsorganisation, die Frage der Beförderung des Werkstückes von einem Arbeitsplatz zum andern, mit einem Wort: die Erhöhung der Fertigungsgeschwindigkeit, von größter Bedeutung. Es kommt darauf an, diese Beförderung auf dem kürzesten und billigsten Wege zu gestalten, damit der Kreislauf eines Arbeitsstückes bei seiner Fertigstellung zeitlich von möglichst beschränkter Dauer ist und eine Lagerung vermeiden und zur Verbilligung des Erzeugnisses erheblich beizutragen. Hierzu kommt noch, daß bei diesem Förderwesen erst eine Massenherstellung möglich ist und durch diese eine weitere Verbilligung der Güter erzielt wird. Das Förderwesen der Fließarbeit muß so gestaltet sein, daß das Werkstück ununterbrochen selbsttätig von einer Hand zur anderen läuft, wobei jeder Arbeiter in einer durch die Geschwindigkeit des Fördermittels bestimmten Zeit eine bestimmte Arbeit geleistet haben muß, damit der Nachfolger auf dem Geschaffenen aufbauen und sein Pensum erledigen kann. Es ist also eine Koppelung der einzelnen Arbeitsgänge, die jede Arbeit am Werkstück von der vorhergehenden abhängig macht und die Arbeit in einen bestimmten Takt zwingt. Die Ausbildung der Fördermittel als endlose Bänder (Wandertische, Hängebahnen, Laufketten, Dedern- und Bodenförderbänder, Bandaufzüge usw.), auf denen das Material häufig auch während der Bearbeitung verbleibt, führt zu einem ständigen Fluß der Arbeitsstücke. Daher der Name „Fließarbeit“, wobei der Fluß stetig oder auch ruckartig erfolgen kann. Die Fließarbeit kann nicht nur beim Zusammenbau, wo es sich meist um Handarbeit handelt, angewandt werden, sondern auch bei der Herstellung von Einzelteilen, wo Maschinen- und Handarbeit plagschneidend und die einzelnen Maschinen und Arbeitsplätze durch geeignete mechanische oder Handfördermittel verbunden werden. Mit der Einführung des fließenden Zusammenbaus ist zwangsweise verbunden die Notwendigkeit, die gleichen Einzelteile möglichst genau gleich zu gestalten, damit sie ohne Schwierigkeit mit anderen Stücken in einer bestimmten Zeit zusammengefügt werden können. Die Fließarbeit hat auch eine große Raumersparnis im Gefolge, da sich ein Arbeitsplatz lückenlos an den anderen reiht und das Material nicht liegen bleibt, sondern immer weiter wandert. Die Fließarbeit muß gegenüber der Einzel- und Serienanfertigung mehr unterteilt werden, so daß das Pensum des Arbeiters an einzelnen Stück kleiner wird. Es ist also eine größere Arbeiterzahl bei kleinerer Zeit erforderlich; ungelernete Leute können schnell angelernt werden.

Die Fließarbeit ist besonders in Amerika entwickelt und von Ford zu einer starren Koppelung ausgebildet worden. Der Mangel an gelernten Arbeitern, die hohen Löhne und der mehr gleichförmige Massenbedarf gaben den Anreiz für dieses Arbeitsverfahren. Vorbedingung für eine solche starre Koppelung, wie sie oben geschildert ist, ist eine Massenherzeugung gleichartiger Erzeugnisse, für die bei uns die Verhältnisse nicht gegeben sind. Wir können daher das amerikanische Verfahren nicht slavisch nachahmen, sondern müssen es auf unsere Dinge und Menschen zuschneiden. Und wiederum eine Vorbedingung der Massenherzeugung ist eine weitgehende Typisierung (Schaffung möglichst weniger Größen und Arten eines Gegenstandes) und Normung (Schaffung möglichst vieler möglichst gleicher Einzelteile), die in Amerika weiter vorgeschritten ist als bei uns.

In der Zeitschrift „Maschinenbau“, 1925, Heft 9, wird die Frage der Fließarbeit in mehreren Aufsätzen nach verschiedenen Richtungen hin behandelt. Als Beispiel der Fließarbeit sei nach dem Artikel von W. Wiedemann das Ford'sche System bei Herstellung von Kraftwagen geschildert. Der Amerikaner stellt seine Sonderwünsche im Interesse der Allgemeinheit zur Verbilligung des Erzeugnisses zurück, in der klaren Erkenntnis, daß nur die Masse die Grundlage für ein billiges Erzeugnis sein kann.

### Der Kampf ums tägliche Brot

Von Heinrich Heise.

(Schluß)

Obwohl die Einführung der dreizehntägigen 8-Stunden-Schicht auch im Thomaswerk wirtschaftlich vorteilhafter für die Arbeitgeber wäre und für den Arbeiter und seine Familie einen Kulturfortschritt bedeutete, wird sie vom Arbeitgeber nicht nur entschieden abgelehnt, sondern stark bekämpft aus grundsätzlichen Erwägungen heraus.

Am stärksten tritt die antisoziale Einstellung bei der Großindustrie in Erscheinung, besonders bei der Nord-West-Gruppe der

Metallindustrie. Davon zeugt der angekündigte 10prozentige Lohnabzug für die Metallarbeiter. Obwohl alle anderen Gruppen und Berufe höhere Verdienste haben, wie das Kleingewerbe von 0,78 M bis 1,35 M pro Stunde, Heizungsmonitore 1,10 M Klempner 1,10 M, Bauarbeiter 1,10 M usw. und dadurch einmal kaufkräftiger sind, mutet man dem Arbeiter, der die anderen Zweige der Wirtschaft durch seine Tätigkeit erst richtig belebt zu, für die Hälfte Lohn zu arbeiten wie die anderen. Und gerade der Metallarbeiter mutet man dieses zu, die in der Stunde, als die Wirtschaft am Boden lag, durch größte Opfer, die sie auf sich nahm, gewaltig mit zur Rettung beitrug. Trotzdem macht heute die Großindustrie und das Unternehmertum den Gewerkschaften den Vorwurf, sie dächten nicht wirtschaftlich, weil sie Erhöhungen der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit fordern, ja man bezeichnet sie sogar als „Die Totengräber der deutschen Wirtschaft“.

Den Gewerkschaften wird der Vorwurf der Machtpolitik gemacht gerade von diesen Unternehmernkreisen, die selbst jede Gelegenheit benutzen, um ihren Einfluß auf die Staatsgeschäfte zu verstärken, die sich gegenseitig binden zum Zwecke höheren Nutzens in Form von Preisreduzierungen, Syndikaten und Kartellen, um so auf alle Stände, Behörden und die Regierung einen schärferen Druck auszuüben.

So arbeitet das Unternehmertum in seinen Verbänden und in der Öffentlichkeit, um die antisoziale Einstellung und die wenig menschliche Behandlung der Arbeiterschaft zu verschleiern. Das Unternehmertum besleigt sich schon 2 bis 3 Jahre lang, alle Maßnahmen, die es gegen die Arbeiterschaft trifft, mit dem schlechtesten Stand der Wirtschaft zu begründen.

Ohne Zweifel geht es der Industrie nicht glänzend. Sie hat zum Teil ihr „Krabbeln“. Aber wenn man dann auf der anderen Seite die Dividendenverteilung, die Luxusbauten, die Vergrößerung der Direktorenzahl, die bei verfallenden Werten bis aufs Bierfache gestiegen ist, die Entlohnung der Letzteren, die monatlich so viel und noch mehr ausmacht, wie die Arbeiter im ganzen Jahre, ja in 2-3 Jahren verdienen, so zeigt das nicht von der Armut der Wirtschaft. Ein Vergleich der Löhne des Auslandes gegenüber den Löhnen, die in Deutschland den Arbeitern gezahlt werden, zeigt eine bis zu über 100 Prozent höhere Entlohnung des ausländischen Arbeiters. Also kann auch auf Grund der Entlohnung die deutsche Industrie als konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt auftreten.

Wie steht es mit der steuerlichen Belastung der Industrie? Auf einer der letzten Tagungen der Arbeitgeberverbände wurde die Behauptung aufgestellt und von da durch das ganze Land wiedergegeben, die steuerliche Belastung sei eine 47fache der Vorkriegszeit.

Der Steuervoranschlag im Jahre 1924 war auf 5,2 Milliarden Mark veranlagt, aufkommen sind aber 7,3 Milliarden Mark.

Aus diesen Mehrsteuereinnahmen erhielt die Industrie denn auch die bekannten 750 Millionen Mark Entschädigung. Wenn man sich dann noch die Steuereinnahmequellen anschaut und findet, daß aus dem Arbeitseinkommen 68,3 Prozent Steuern herausgekommen sind und nur 31,7 Prozent durch nicht Lohn- oder Gehaltsempfänger aufgebracht wurden, so findet man bestätigt, daß die steuerliche Belastung der Industrie doch sehr zu tragen ist.

Darum steht die Arbeiterschaft der Behauptungen der Unternehmen betreffend der schlechten Wirtschaftslage äußerst mißtrauisch entgegen. Im besonderen, wenn man die steuerliche Belastung des Arbeiters mit seinem Arbeitseinkommen in Parallele stellt, dann findet man, welchen großen Prozentsatz der Arbeiter von seinem geringen Lohn abgeben muß gegenüber den Abgaben der Industrie. Ein Arbeiter z. B., welcher 0,60 M Stundenlohn erhält und 10 Stunden arbeitet, hat also ein Jahreseinkommen von 1800 M. Nehmen wir weiter an, er sei verheiratet und habe zwei Kinder, dann sind steuerfrei 929 M, bleibt also ein steuerpflichtiges Einkommen von 871 M, davon sind 10 Prozent Lohnsteuer zu zahlen, also 73,10 M, das sind also rund 4,84 Prozent des Gesamteinkommens. Nach den tatsächlichen Steuereinzugungen des Finanzjahres 1924 wird man die abwälzbaren Umsatz- und Verbrauchssteuern mit etwa 60 M auf den Kopf der Bevölkerung veranschlagen dürfen. Die erwähnte Familie von vier Köpfen hatte also 240 M an indirekten Steuern, das sind 13,33 Prozent des Einkommens, zu zahlen. Somit betrage die Gesamtbelastung eines Jahreseinkommens von 1800 M 16,17 Prozent.

An der Tatsache dieser geringen Verdienste und der gewaltigen Belastung des Arbeiters gehen andere Kreise des Volkes und auch oft die Regierung mit verbundenen Augen vorüber. Leider auch ein großer Teil der Metallarbeiterschaft selbst.

Trotzdem bleibt die Tatsache einer Not und eines Elends bestehen. Unjomehr tritt aber hervor, daß es herzlos und brutal ist, der Metallarbeiterschaft angeführtes Elend noch einen 10prozentigen Lohnabzug anzubieten. Wenn daraus nun gewaltige Wirtschaftskämpfe entstehen, welche die deutsche Wirtschaft wieder an den Rand des Abgrundes bringen, dann ist das Unternehmertum der Großindustrie Urheber derselben, und der Staat braucht sich nicht zu bekümmern, weil er mit verbundenen Augen diesem Treiben zusieht. Die Metallarbeiterschaft aber wird in dieser Stunde der Gefahr durch den aufgezwungenen Kampf zusammengeschmeißt und mit Entschiedenheit für ihre Interessen einzutreten.

### Die Tagung des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller

Von Otto Piel.

Am 16. Juli hielt der Verband deutscher Eisen- und Stahlindustrieller im Saargebiet seine diesjährige Mitgliederversammlung ab. An und für sich freut sich die Bevölkerung des Saargebietes, wenn recht viele reichsdeutsche Vereinigungen das Saargebiet als Tagungsort wählen, um damit auch ihrerseits die enge Verbundenheit zwischen Reich und Saargebiet zu demonstrieren. Soweit das Wirtschaftsleben des Saargebietes in Frage kommt, wäre es allerdings bedeutend zweckmäßiger gewesen, wenn die deutsche Schwerindustrie an der Saar in den Jahren 1919-20 ihre Verbundenheit mit der deutschen Volksgemeinschaft und auch der reichsdeutschen Industrie mehr betont hätte. Sicherlich wären dann nicht die ganzen Hüttenwerke mit einer einzigen Ausnahme in französische Hände übergegangen und Frankreich hätte die Saarkraft nicht mit über 75 Prozent in der Hand. Volksgemeinschaft und enge Verbundenheit mit Grenzgebieten soll man also nicht nur auf Tagungen und Konferenzen predigen, wenn es reichlich spät ist, sondern rechtzeitig praktisch üben.

Aus dem Bericht der Saarpresse über diese Verhandlung kann besonders die Hütten- und Metallarbeiterschaft im Reiches allerhand Schlusfolgerungen ziehen. Daß diese Folgerungen nicht sehr erfreulich sind, sei vorweg bemerkt.

Auch die Arbeiterschaft des Saargebietes hätte es, vom nationalen Standpunkt aus betrachtet, viel lieber gesehen, wenn verschiedene Ausführungen auf dieser Tagung nicht im Saargebiet gemacht worden wären. Im Saargebiet sind schatzmacherische Strömungen genug vorhanden, und die Arbeiterschaft, die letzten Endes politisch das ausschlaggebende Wort an der Saar zu sprechen hat, verzichtet auf eine Verhärzung dieser Bekreibungen durch Ausführungen, wie sie auf der Tagung der Eisen- und Stahlindustriellen gemacht wurden.

Selbstverständlich wurde auf der Tagung die „reine“ Freundschaft zwischen den schwerindustriellen Freunden aus dem Reich und denjenigen an der Saar betont. Die Saarbevölkerung, die zu einer Einheit aus Arbeitern und Angestellten besteht, betrachtete die deutschen Brüder und Schwestern im Reiches insgesamt als ihre Freunde. Bileigentlich, weil es nicht nur Unternehmer sind.

Im übrigen gehören die sämtlichen Saarkraftwerke den französischen Konzernen an und beurteilt die Arbeiterschaft die internationalen „Freundschaften“ der Schwerindustrie nicht immer mit ungenügender Freude. Dieses Mißtrauen wird noch verstärkt durch die Tatsache, daß von industriellen Interessententeilen im Reich und Saargebiet die Arbeiterschaft bei den laufenden wichtigen Zollverhandlungen geflüchtig ferngehalten wurde. Erst als im Saargebiet der Karren vollständig festgefahren war, nahm man die Hilfe der Arbeiterschaft bzw. deren Organisationen in Anspruch. Dann war aber auch wieder Schluß.

Zu Beginn der Tagung hielt es der Vorsitzende, Herr Justizrat Wilhelm Meyer, für notwendig, scharf Stellung zu nehmen gegen die von einem Vertreter der deutschen Wissenschaft aufgestellte Behauptung, „daß die Eisenindustrie im engen Sinne keine nationale Industrie mehr sei“. Inwieweit das enge Zusammenarbeiten mit den „Freunden an der Saar“, die alle den französischen Verbänden angehören, diese Auffassung des deutschen Wissenschaftlers stützt, sei dahingestellt. Bei der Arbeiterschaft würde man dies zum mindesten als „vaterlandsfeindlichen Internationalismus“ auslegen.

Dies zu den Ausführungen bei der Eröffnung der Tagung.

Herr Dr. Reichert, der Geschäftsführer des Vereins, hielt sodann einen Vortrag über das Thema „Rettung oder Ruin der Eisenindustrie“. Nach den Presseberichten widerlegte er zunächst die „läugerischen“ Behauptungen über den sogenannten Inflationen-Reparations-Kampfs und die Ricomungewinne. Er betonte, daß seit dem Kriege nicht mehr könne von Gewinnen, sondern nur von Verlusten der Eisenindustrie gesprochen werden. Diese Behauptung scheint etwas sehr weitgehend und wird nicht nur von der Arbeiterschaft sehr stark bezweifelt.

Herr Reichert führte dann folgendes aus:

Seit dem Kriege könne man nicht mehr von Gewinnen, sondern nur von denkbar schweren Verlusten unserer Eisenindustrie sprechen, so unerhört große Verluste, wie sie kein anderer deutscher Wirtschaftszweig infolge der Verhältnisse nach dem Kriege erlitten habe. Nach diesen Milliardenverlusten bedürfe die Eisenindustrie zu ihrer eigenen Stabilisierung und Gesundung mehr als der Markstabilisierung. Die schwere Krisis in der Eisenindustrie spreche sich in dem Stilllegen zahlreicher Betriebe deutlich genug aus, denn über 20 Prozent der Stahlöfen und fast 40 Prozent der Hochofen lägen still, die Rohstoffe seien erheblich teurer wie früher, Schrott liege sogar bis 40 Prozent über dem Friedenspreis, während der Preis für Stabeisen nur etwa um 20 Prozent höher gehalten werden könne. Hinzu käme die Verteuerung der Eisenbahnfrachten um durchschnittlich 50 Prozent, für kürzere Entfernungen sogar bis zum doppelten Höhe. Die Rohstoffbelastung betrage selbst für günstig gelegene Hütten 16 Prozent der Selbstkosten für Stabeisen. Die Steuererhöhungen des Jahres 1924 zehrten dabei allein mehr als die Erhöhung der Eisenpreise auf, die Schuldverzinsungen und Handlungskosten seien erheblich gestiegen. Schon lange könnten weder den Aktionären Dividenden, noch den obligatorischen Zinsen bezahlt werden. Auf verhältnismäßig gutem Einkommen hätten sich in dieser Zeit der Uebersteuerung der Selbstkosten und immer wiederkehrenden Verluste die Arbeiter und Angestellten gehalten. Wo lägen die Möglichkeiten der Verbilligung der Produktion? An eine Senkung der Bankzinsen sei nicht zu denken, ebenso wenig an eine Verbilligung der Frachten, deren Uebersteuerung auch mit der unerhöhten Personalpolitik der Eisenbahn zusammenhänge, durch welche die Bezüge des Personals im Durchschnitt um 52 Prozent und bei den unteren Gehaltsgruppen sogar bis zu 86 Prozent über den Friedensstand gestiegen seien. Auch an eine Verbilligung der Rohstoffpreise sei nicht zu denken, solange nicht die Steuern, Fracht- und Zinslasten ermäßigt seien. In der Zeit des Kapitalmangels sei auch nicht an die Möglichkeit zu denken, durch eine technische Modernisierung der Anlagen zu einer Herabsetzung der Herstellungskosten zu gelangen, so daß nur als einziger Weg für die sofortige Herabsetzung der Selbstkosten, die Neuverteilung der Personalbezüge übrig bliebe. Klar sei, daß dem Arbeiter weder eine starke, noch eine langandauernde Ermäßigung seines Einkommens zugemutet werden könne, im Gegenteil, eine Verbesserung der Lebenshaltung breiter Schichten läge im Gesamtinteresse der Wirtschaft und müsse das hohe Ziel sein, auf das sich unsere Wirtschaft für die Zukunft einstellen müsse. Für die Gegenwart sei es aber eine Folge der Schicksalsgemeinschaft von Unternehmer und Arbeiter, daß beide gemeinsam schwere Opfer der Verarmung und Verluste tragen müßten. Für die Wiederkehr besserer Verhältnisse bleibe Voraussetzung eine Festigung unserer politischen Verhältnisse im Innern und nach außen, die Schonung unserer Volkswirtschaft und die Schaffung höherer Einnahmen.

Wenn dies der Weisheit letzter Schluß ist, dann soll sich der Verband der Eisen- und Stahlindustriellen begnügen lassen. Weder die deutsche Arbeiterschaft im Reich, noch im Saargebiet hat ein Verständnis für diese Auffassung der deutschen Unternehmer. Also auf „verhältnismäßig gutem Einkommen“ haben sich Arbeiter und Angestellte in den Jahren nach dem Kriege gehalten? Klingt dies nicht wie blutiger Hohn und Verspottung der Arbeiterschaft? Zu den Ausführungen über die „riesigen“ Gehälter der Eisenbahner werden sich diese ja selbst äußern. (Schluß folgt.)

### Lohnerhöhungen und Inflation

In der letzten Nummer unseres Organs haben wir Notiz genommen von dem freundschaftlichen Rippenstoß, den Herr Geheimrat Dr. Hagen in einer Sitzung des Rheinischen Provinziallandtages den Herrschaften verabfolgte, die immer das Gepeinigtwerden neuer Inflation aufmarschieren lassen, wenn in Not und Entbehrung lebende Arbeiter von notwendigen Lohnerhöhungen zeden. Eine deutliche Zurückweisung dieses Veredes erteilt nun auch die Reichsbank auf eine diesbezügliche Anfrage des Verbandes deutscher Industrieller. Das Reichsbankdirektorium sagt folgendes:

„Die Annahme, daß die deutsche Währung wieder inflatorische Momente zeige, worauf die immer stärker zeigenden Lohn- und Preisbewegungen, die nur durch eine Geldwertminderung zu erklären seien, hinweisen sollten, erscheint uns abwegig. Es sind allerdings im Herbst vorigen Jahres, ebenso auch zu Beginn des laufenden Jahres auf vielen Gebieten Preissteigerungen zu verzeichnen gewesen. Der Großhandelsindex ist von 115,0 im Durchschnitt des Monats Juli 1924 auf 132,2 im Monat Oktober und auf 138,2 im Monat Januar 1925 gestiegen, um, auf den Stichtag des 15. April dieses Jahres berechnet, wieder auf 131,1 zurückzugehen. Diese Bewegungen stellen aber keineswegs nur eine innerdeutsche Sonderentwicklung dar, sondern stehen im Zusammenhang mit der Preisbildung am Weltmarkt und sind, soweit die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse die Gestaltung der Indizes beeinflussen, auch durch den schlechten Ausfall der deutschen Ernte des letzten Jahres mitbedingt. Die Schwankungen des Preisniveaus herabzuführen daher durchaus nicht ohne weiteres zu dem Schluß, daß hierbei Konstruktiveränderungen auf der Geldseite vorliegen. Schließlich möchten wir noch betonen, daß die Stellung der Reichsbank heute so stark ist, daß sie ohne weiteres allen Bedrohungen der Währung entgegenzutreten vermag. Wir müssen es aufs schärfste beurteilen, daß durch unverantwortliche Zeitungsartikel eine Atmosphäre des Mißtrauens gegen die Währung geschaffen wird. In einer Zeit, in



der eine ruhige Entwicklung, namentlich im Hinblick auf die fortgesetzten Bemühungen zur Wiederbelebung des Spartriebes, doppelt wünschenswert erscheint.

Ein Dokument der „Bescheidenheit“

Wenn Arbeiter und niedere bis mittlere Angestellte Lohnforderungen stellen, kann man in der Tagespresse sich oft nicht hoch genug entrichten über Art, Höhe und Mittel ihrer Forderungen, sofern sie von den Augen des Nichtarbeitnehmers gesehen werden.

Dabei darf man darauf hinweisen, daß die Herren Vorsitzenden der Schlichtungsausschüsse vielfach Staats- u. w. Angestellte oder Angehörige jener Berufe sind, die den Gehaltsklassen 12, 13 und höher angehören oder gleichzustellen sind.

Manheim, den 6. Juni 1925.

An das Bürgermeisteramt, hier. Nach den Richtlinien der Vereinigung deutscher Schlichtungsausschüsse (Mündschreiben vom 7. April 1925) bin ich gehalten, für die Uebernahme des Vorhies in tarifvertraglichen oder verwandten Schlichtungsstellen folgende Mindestsätze zu berechnen:

Bei einer Sitzungsdauer bis zu 2 Stunden 60 R.M. Bei einer Sitzungsdauer über 2 Stunden 100 R.M.

Der Zentralverband der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen erhält vorstehende Abschrift zur Kenntnisnahme.

Der Oberbürgermeister, S. M.

Eine treffende Abfertigung der Syndikalisten

Quertreiberi und verlogene Heise gegen anders gesinnte Arbeiter und deren Führer ist die Hauptbeschäftigung der Syndikalisten und Unionisten. In Wülheim a. d. Ruhr sind sie durch das nachfolgend abgedruckte Zirkular, welches eine in beifolgendem Hohl gehaltene, aber sachlich zutreffende Zeichnung enthält, und in den Betrieben der Metallindustrie verteilt wurde, der Lächerlichkeit preisgegeben worden:

Angeregt durch die höhnenden Reden der Herren Mejer und Mey haben wir uns entschlossen, höchste Autoritäten der Wissenschaft um ein Urteil über die geistigen Werte des Syndikalismus zu bitten. Erfreulicherweise erklärten sich die hochgelehrten Herren sofort bereit, das umfangreiche Material zu prüfen.

Table with 2 columns: Item description and Percentage. Includes 'Untersuchungsbericht', 'Erste Zutaten zur Luftreinigung', 'Zweite Zutaten zur Wiederbelebung'.

Trotz eifriger und spezieller Forschung konnten folgende bei anderen Menschheitsgruppen als unentbehrlich empfundenen Eigenschaften nicht ermittelt werden: 1. Logisches Denken (fehlt ganz), 2. Klare Erkennen von Tatsachen (unmöglich), 3. Wahrheitsliebe (wird in den Keimen erstirbt), 4. Neigung zu positivem Schaffen zwecks Verbesserung der Verhältnisse (besteht nicht), 5. Duldsamkeit gegen Andersdenkende (fällt ihnen schwer).

Mehrere Freunde vom Collegium Logikum et Oeconomicum.

Kurze Notizen

Hochhitzbeständige Metallgegenstände. In der Technik werden vielfach Behälter oder auch Apparate verwendet, die dauernd der Gluthitze des Feuers ausgesetzt sind. In der Regel stellt man derartige Gegenstände aus feuerfesten, keramischen Massen her, die jedoch den Nachteil besitzen, daß sie nur geringe mechanische Festigkeit aufweisen und die Wärme schlecht leiten.

Stände ganz wesentlich — etwa auf den 20—30fachen Betrag — erhöht wird, wenn man die Oberfläche mit Aluminium legiert. Man erreicht dies auf sehr einfache Weise dadurch, daß man die Paate oder aber mit Hilfe des Schoopischen Verfahrens mit Aluminium beprägt.

Die Flettner-Rotoren.

Das Flettner-Rotorschiff Budau hat, nachdem es kurze Zeit in Königsberg gelegen hat, den Hafen wieder verlassen. Es führt augenblicklich unter Leitung eines Straßburger Reeders Propagandasfahrten durch deutsche, schwedische und dänische Ostseebäder aus und ist zu diesem Zweck zur Beförderung von Fahr Gästen umgebaut worden.

Das wertvolle Platin.

Platin hatte keineswegs immer seinen heutigen Wert. Im Jahre 1774 zum Beispiel verkauften die in Columbien anässigen

Spanier an besuchende holländische Kaufleute gefälschte Goldbarren, die aus vergoldetem Platin bestanden. Die Holländer waren hierüber derart empört, daß sie bei Entdeckung dieses Betrugsgeschäftes zurückkehrten und die Schmelzöfen an den Rufen ihrer Schiffe aufgingen.

Verbandsgebiet

Gotha. Für den südlichen Teil unseres Verbandsbezirks Magdeburg und Hannover fand hier selbst am Sonntag, dem 21. Juni, eine gemeinsame Bezirkskonferenz statt. Der Vorsitzende der hiesigen Ortsgruppe, der sich um eine guten Verlauf der Tagung sehr verdientlich gemacht hat, Kollege Metzger, begrüßte die Delegierten und die Redner auf das herzlichste.

Berufliche Vergiftungen

Von Chemiker Dr. Viktor Kutter.

Einführung.

In jedem Beruf, auch im gesündesten und natürlichsten, wie in der Landwirtschaft, kann es zu Gesundheitsbeschädigungen kommen, meist liegt aber dann ein Unfall vor. Es gibt aber auch eine Anzahl von Berufen, wo die bloße Beschäftigung mit gewissen Stoffen nachteilig auf die Gesundheit einwirkt, oft nur oberflächlich und vorübergehend, manchmal aber bis zu lebensgefährlichen Vergiftungen.

zwar hielt man das Kupfer lange Zeit für ebenso giftig wie das Blei, heute ist man davon abgekommen. Die meisten Schädigungen, die mit diesen Metallen zusammenhängen, sind indirekt hervorgerufen: durch Verbrennungen, eingeatmeten Metallstaub, und Gasvergiftungen.

1. Die blutergregende Gase: Blausäure, Sprenggase und Giftgase.

Die Blausäure ist am bekanntesten in ihrer festen Verbindung Zyanid. Zyanidvergiftungen kamen früher des öfteren im photographischen Beruf und bei Goldschmelzereien vor, es wird daher so wenig als möglich verwendet.

3. Die Edelmetalle.

Hier kommt es zu Störungen durch die Einatmung von Salmiasäure- und Säuregasen, oder des feinen Metallstaubes. Der feine Silberstaub lagert sich mit Vorliebe in den Schleimhäuten des Mundes und im Zahnefleisch ab, auch in den Augenlidern, wo er dann eine schiefgraue bis schwarze Färbung hervorruft.

2. Eisen, Nickel, Kupfer und Zink.

Diese Metalle sind an und für sich nicht giftig. Die Berufsschädigungen kommen hier nicht von direkten Vergiftungen her, sondern von indirekten, wie durch Staub oder Gase.

4. Lungenschädigende Gase.

Die verbreitetsten dieser Gase sind Chlor und Phosgen. Das Chlor ist unter gewöhnlichen Umständen ein grünliches Gas von erstickendem Geruch und ätzender Wirkung auf die Schleimhäute.

Chlor und Phosgen haben eine große Neigung, Wasser oder Feuchtigkeit anzuziehen und sich zu zerlegen. Hierauf beruht ihre besondere Wirkung auf die Lunge. Das Gas zieht die Flüssigkeit der Zellgewebe an sich, zerfällt dadurch in seinen Zellen der Lungensubstanz und zerfällt so unter Bildung von Salzsäure das ganze Gewebe des Atmungsorgans.

In gewöhnlichen Betrieben gibt es Chlorvergiftungen, die in ihren Anfängen kaum bemerkt werden. Hier hat man es mit heimtückischen, schleimenden Vergiftungen zu tun, denen meistens gar keine Aufmerksamkeit geschenkt wird, bis es zu spät ist.

Nach überall, wo mit Chlorgas gearbeitet wird, ist das der Fall, in Chloralkalifabriken, in Kupfer- und Zinkhütten, wo Erze und Abfälle durch chlorierende Röstung behandelt werden. Die giftigen, wenn auch nicht heftig wirkenden Mengen des Chlorgases wirken wie ebensolche Mordgase in die Lunge. Das heimtückische dieser Vergiftung besteht in der unmerklichen aber unaufhaltsamen Summierung aller dieser kleinen Lungenschädigungen, deren Effekt nach Monaten oder Jahren einer einmaligen tödlichen Vergiftung gleichkommt.

2. Die blutergregende Gase: Blausäure, Sprenggase und Giftgase.

Die Blausäure ist am bekanntesten in ihrer festen Verbindung Zyanid. Zyanidvergiftungen kamen früher des öfteren im photographischen Beruf und bei Goldschmelzereien vor, es wird daher so wenig als möglich verwendet.

Diese Metalle sind an und für sich nicht giftig. Die Berufsschädigungen kommen hier nicht von direkten Vergiftungen her, sondern von indirekten, wie durch Staub oder Gase.

(Schluß folgt)



(Ersurt) berichtete über den Stand des Tarifvertrages in Thüringen. Einzelne Betriebe seien, um durch niedrige Löhne Schmutzkonkurrenz betreiben zu können, aus dem Arbeitgeberverband und damit aus der Tarifgemeinschaft ausgetreten.

An der sehr ergiebigen Aussprache beteiligten sich Kollegen von Mühlhausen, Gotha, Eisenach, Saalfeld, Sömmerda, Duderstadt und Dingelstädt. Insbesondere wurde besprochen die Notwendigkeit der Pensionsversorgung älterer Arbeiter.

Kollege Mauer von der Hauptleitung des Verbandes ging auf die einzelnen Gebiete näher ein und hielt alsdann einen instruktiven Vortrag über Wesen und Gestaltung des modernen Arbeitsrechts.

Mit einem freudig aufgenommenen Hoch auf unsern Christlichen Metallarbeiterverband wurde alsdann die Tageskonferenz geschlossen. Aufgabe unserer Mitglieder in den thüringischen, in den Eichsfelder und benachbarten Gebieten muß es nunmehr sein, durch allseitige, zähe Verbandsarbeit dasjenige zu verwirklichen, wozu die Konferenz die besten Voraussetzungen geschaffen hat.

Die Siegerländer Metallarbeiter fordern ihr Recht.

Samstag, den 23., Sonntag, den 24., und Montag, den 25. Mai, fanden auf Veranlassung des Christlichen Metallarbeiterverbandes in der Verwaltungsstelle des Christlichen Metallarbeiterverbandes in der Verwaltungsstelle des Christlichen Metallarbeiterverbandes in der Verwaltungsstelle des Christlichen Metallarbeiterverbandes...

Zur Arbeitszeittfrage übergehend schilderte Redner die Bemühungen des Christlichen Metallarbeiterverbandes vor dem Kriege, für die Hütten-, Feuer- und Schwerindustrie eine kürzere Arbeitszeit zu erzwingen. Erst nach dem Kriege sei dies gelungen.

Saarau (Schleifen). Nun ist es endlich gelungen, wieder eine Ortsgruppe des Christlichen Metallarbeiterverbandes ins Leben zu rufen. Früher hieß in Saarau eine Ortsgruppe bestanden, die leider eingezogen war.

glieder, und täglich kommen neue Kollegen hinzu. Am 16. Mai fand nun unsere erste Mitgliederversammlung statt, in der Kollege Ruhl das Thema behandelte: „Warum christliche Gewerkschaften?“

Arbeitsleistung, Arbeitszeit, Lohn

Von Johann Burgard

Wir beginnen mit einem Hochofenwert im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, welches als modern angesehen werden kann. An drei Hochofen werden im Durchschnitt pro Schicht 709 Tonnen Roheisen hergestellt, an einem Ofen 236 Tonnen.

Bei Zugrundelegung der Wertspreise von 90,- M für die Tonne Roheisen ergibt sich für die hier genannten Arbeiter einen Lohnanteil von 0,47 Prozent.

Das an Hochofen gewonnene Roheisen wird in sogen. Gießpfannen aufgeschmolzen und dem Thomaswerk zugeführt. Hier wird es zu Thomasstahl verarbeitet. Für die Herstellung von Thomasstahl werden in einem modernen Thomaswerk pro Schicht beschäftigt und bezahlt:

Bei Zugrundelegung der Wertspreise von 90,- M für die Tonne Roheisen ergibt sich für die hier genannten Arbeiter pro Tonne ein Lohnanteil von 0,18 Prozent.

Am dem Einwande zu entgegen, es sei hier nur ein Einzelfall, wo der Lohnanteil ein so geringer sei, lassen wir vergleichsweise ein Thomaswerk aus dem Westfälischen folgen.

Bei Zugrundelegung des Wertspreises für Thomasstahl von 112 Mark pro Tonne ergibt sich ein Lohnanteil für die genannten Arbeiter von 0,18 Prozent.

Bekanntmachung

Sonntag, den 5. Juli ist der 28. Wochenbeitrag fällig.

Reiseunterstützung betr.

Auf Grund von Beschlüssen über statutenwidrige Auszahlung von Reiseunterstützung sei darauf hingewiesen, daß Reiseunterstützung nur nach den diesbezüglichen Bestimmungen der Verbandsstatute ausbezahlt werden darf.

Arbeitsleistung, Arbeitszeit, Lohn

Von Johann Burgard

Wir beginnen mit einem Hochofenwert im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, welches als modern angesehen werden kann. An drei Hochofen werden im Durchschnitt pro Schicht 709 Tonnen Roheisen hergestellt, an einem Ofen 236 Tonnen.

Bei Zugrundelegung der Wertspreise von 90,- M für die Tonne Roheisen ergibt sich für die hier genannten Arbeiter einen Lohnanteil von 0,47 Prozent.

Das an Hochofen gewonnene Roheisen wird in sogen. Gießpfannen aufgeschmolzen und dem Thomaswerk zugeführt. Hier wird es zu Thomasstahl verarbeitet. Für die Herstellung von Thomasstahl werden in einem modernen Thomaswerk pro Schicht beschäftigt und bezahlt:

Bei Zugrundelegung der Wertspreise von 90,- M für die Tonne Roheisen ergibt sich für die hier genannten Arbeiter pro Tonne ein Lohnanteil von 0,18 Prozent.

Am dem Einwande zu entgegen, es sei hier nur ein Einzelfall, wo der Lohnanteil ein so geringer sei, lassen wir vergleichsweise ein Thomaswerk aus dem Westfälischen folgen.

Bei Zugrundelegung des Wertspreises für Thomasstahl von 112 Mark pro Tonne ergibt sich ein Lohnanteil für die genannten Arbeiter von 0,18 Prozent.